

Herausgeber und verantw. Redakteur  
Karl H o p a y .

Wien, Mittwoch, den 25. Oktober 1922.

Wohltätigkeit und Geldentwertung - 1101 Stiftungen mit 8 Millionen Kronen

Ertrag. Einen Notstand ganz besonderer Art hat die Geldentwertung bei den Stiftungen geschaffen. Den öffentlichen Verwaltungen erwächst daraus eine Fülle unproduktiver Arbeit. Die Stiftungsbeträge selbst aber sind so winzig geworden, dass sich vielfach gar keine Bewerber mehr finden, weil das Blatt Papier, auf dem das Gesuch geschrieben werden muß, oft nicht viel weniger kostet, als der zu erhoffende Betrag. Dabei ist noch überdies eine Fülle von Dokumenten beizubringen, deren Beschaffung Zeit, Mühe und Geld kostet. Heiratsausstattungen für sitzsame Mädchen, die ihren unbescholtenen Lebenswandel nachweisen müssen, im Ausmasse von 400 Kronen üben eben keine Lokungen mehr aus. Was die Öffentlichkeit vor allem an dieser Sache interessieren muß, ist die nutzlose Arbeit, die mit allen diesen zu Nichts gewordenen Stiftungen verbunden ist und die in der Zeit des Sparens am allerwenigsten verantwortet werden kann. Ganz besonders umfangreich sind die Stiftungen, die aus Wertpapieren im ungefähren Nennwerte von 80 Millionen Kronen und 40 Häusern bestehen. Die Wertpapiere zerfallen in rund 20.000 verschiedene Stücke, Renten, Kriessanleihen aller Art, einzelne Aktien und Lose. Man kann sich vorstellen, wieviel Mühe und wieviel Manipulationen damit verbunden sind. Wenn sich auch der Magistrat durch Uebergabe der Effekten an eine Bank von einem Teile dieser Arbeit entlastet hat, so bleiben doch die buchmässigen Durchführungen der Kupongutschriften, Verlosungen etc. übrig. Mitunter lohnt es heute nicht einmal die Tinte, einen Kuponeingang von ein paar Kronen festzuhalten. Auch die zu einzelnen Stiftungen gehörigen Häuser sind zumeist unergiebig geworden, zumal gerade ein paar sehr gut gelegene Geschäftshäuser mit der Nutzniessung unkündbar und unsteigerbar er Wohnungen und Lokale für Verwandte des Erblassers belastet sind. Dem Bruttoertrag aller dieser 1101 Stiftungen im Ausmasse von rund 16.2 Millionen Kronen stehen Sachausgaben von 7.8 Millionen Kronen gegenüber. Es verbleiben also 8.4 Millionen Kronen. Der Personalaufwand ist dabei noch gar nicht berücksichtigt. In Wirklichkeit muß die Gemeinde an paar Dutzend Millionen Kronen aufwenden, um 8 Millionen Kronen zur Verteilung zu bringen. Das heisst mit anderen Worten, es muss ein Mehrfaches an Steuern abgehoben werden, als in Form des Stiftungsertrages der Bevölkerung wieder zufliesst. Die Gemeinde Wien hat sich deshalb schon vor längerer Zeit an das Bundesministerium für Inneres gewendet, um eine Zusammenlegung aller dieser kleinen Stiftungen in ganz wenige grosse Stiftungen zu erwirken. Wenn auch die Einzelstiftung verschwindet, so kann doch dann erst der wirklichen Absicht der Stifter entsprochen werden. Die Zusammenfassung von Stiftungen mit gleichartigem Zwecke in eine einzige, wird es tatsächlich ermöglichen, etwa einem jungen Menschen das Studium an der Universität zu sichern, alten Leuten ihren Lebensabend zu erleichtern, auch wieder Heiratsausstattungen<sup>zu</sup> beschaffen, während die

Stiftungen in ihrem gegenwärtigen Umfang nur zu spöttischen Betrachtungen Anlaß geben und letzten Endes eine nicht länger zu verantwortende Verschwendung von Steuergeldern darstellen. Es wäre zu wünschen, daß das Bundesministerium für Inneres unter Beiseitstellung aller formal-juristischen Bedenken, sich nun einmal gegebenen Verhältnissen fügt und seine Entscheidung sehr rasch fällt, um ein Stück sinnlos gewordener Arbeit zu beseitigen, und der Wohltätigkeit wieder zu ihrem Sinn zu verhelfen.

45 Millionen Kronen für Violinsaiten. Eine drastische Illustration der Schwierigkeiten, unter denen angesichts der ungeheuren Geldentwertung die Gemeinde ihren Haushalt bestreiten muß, findet sich im Kapitel der sogenannten „Kleinen Anschaffungen“ für den so vielfältigen Bedarf, den die Erfüllung ihrer Aufgaben der Gemeinde auferlegt. So erfolgte kürzlich die Sicherstellung des Bedarfs an Violinsaiten für die Geigen, die beim Gesangsunterricht in den städtischen Volksschulen gebraucht werden. Dabei ergab sich, daß nicht weniger als - 45 Millionen Kronen für diese Kleinigkeit aufgewendet werden müssen.

Neue Gebühren für die Stellenvermittlung. Die Wiener Landesbehörde hat den Leuten und Stellenvermittlern mit Rücksicht auf die seit der letzten Regierung eingetretene allgemeine Teuerung einen neuen erhöhten Tarif bewilligt. Demnach sind zu entrichten an Einschreibgebühren bei Haus- und Geschäftspersonale vom Stellensuchenden: In Wien 1000 K, im sonstigen Oesterreich 2000 K, für das Ausland 3000 K; vom Dienstgeber: für Wien 10.000 K, für Oesterreich 20.000 K, für das Ausland 30.000 K; beim Lehr- und Erziehungspersonal vom Stellensuchenden: 2000 K, 3000 und 4000 K, vom Dienstgeber 20.000 K, 30.000 und 50.000 K. Ueberschreitungen dieser Tarife werden bestraft.

Fallende Sprechstunde. Donnerstag, den 26. ds. entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim amtsführenden Stadtrat Breitner.